

Altersarmut droht: Pensions-Mahner Rürup deckt schonungslos die Probleme des staatlichen Systems auf.

Reform-Ideen bringen niedrigere Pensionen und erfordern private und betriebliche Vorsorge!



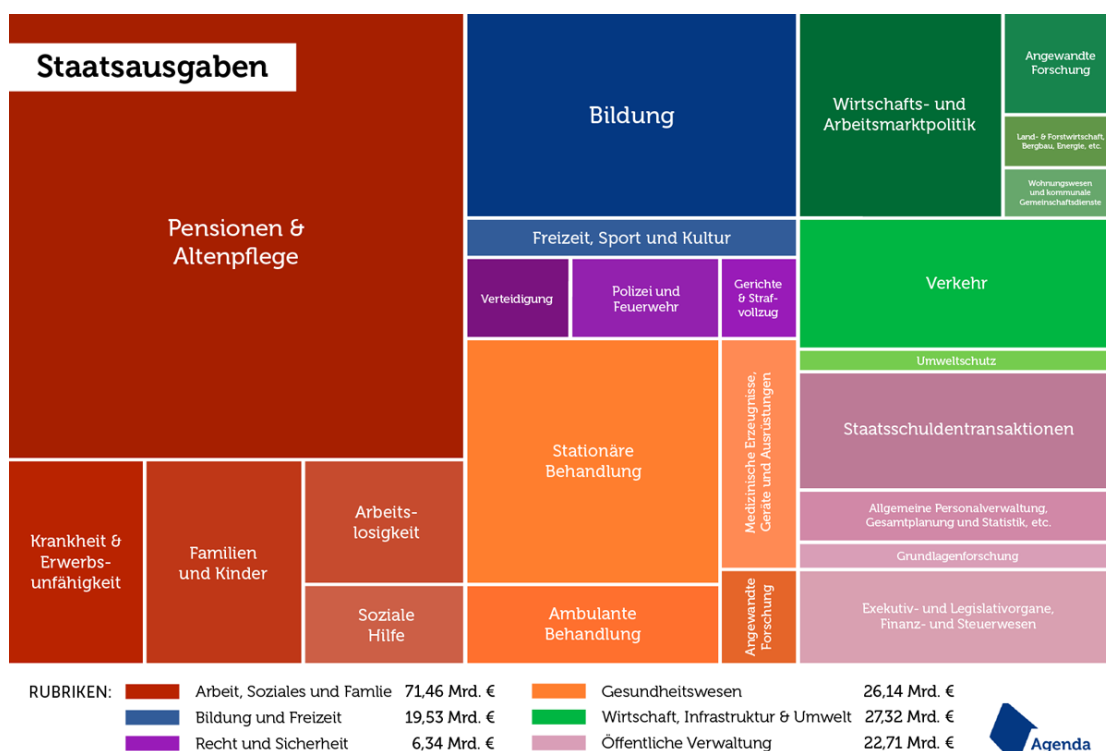
Zwar weiß man nicht, wohin die politische und wirtschaftliche Reise Österreichs gehen wird und wie die nächste Regierung gedenkt, die seit Jahrzehnten diskutierten Probleme des staatlichen Pensionssystems zu lindern. Aber Pensionsexperte Bert Rürup hat bereits im September bei einer Veranstaltung die **Fakten schonungslos auf den Tisch gelegt**.

Die **gute Nachricht**: In Österreich liegen die Pensionen **um 40 % höher** als in Deutschland. "Das System ist generös. Im Schnitt erhalten österreichische Pensionisten EUR 1.400 und das 14 Mal im Jahr. Das ist um ganze 40 % mehr als in Deutschland", wird Professor Rürup im TREND zitiert.

Allerdings seien die **Zahlen zu schön, als dass es ewig so fortgehen könnte**. „Das System ist nicht nachhaltig, da es zu teuer ist und die staatlichen Zuschüsse zu hoch“, kritisiert Rürup. In Österreich mache der Anteil des BIP, der für Pensionen ausgegeben werden muss, 13 % aus. In Deutschland sind es 9,4 % und im OECD-Schnitt 8,7 %.

Defizit-Abdeckung ist größter Budget-Posten

Wie stark die staatlichen Zuschüsse zur Defizit-Abdeckung das österreichische Budget dominieren, zeigt die folgende Grafik von Agenda Austria: Der größte Budget-Posten ist der rote Block „Pensionen & Altenpflege“, der doppelt so groß ist wie die gesamten Bildungsausgaben und rund 4 Mal so groß wie die Ausgaben für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. **Um Österreich zukunftsfit zu machen**, müsste es umgekehrt sein, damit die Jungen eine gute Ausbildung und dank Wirtschaftspolitik gute Jobs vorfinden.



QUELLE: Statistik Austria, Staatsausgaben nach Aufgabenbereichen, in Euro, 2014

Grafik: Agenda Austria, basierend auf Zahlen der Statistik Austria

Nun zur **schlechten Nachricht von Prof. Rürup**: Die künftigen Pensionistinnen und Pensionisten zahlen die Zeche: "Es geht nicht mehr darum, den Lebensstandard zu erhalten, sondern Altersarmut zu verhindern." So Rürup.

Das begründet der Pensionsexperte mit **zwei Kernaussagen**: Einerseits werden die bereits gesetzten **Pensionsreformen** der letzten Jahre wirken und die Pensionen um ein Drittel sinken lassen, wenn der **Durchrechnungszeitraum von derzeit 29 Jahren auf 40 erhöht** worden ist. Andererseits bringen die Menschen durch längeres Studium, (unbezahlte) Praktika und Phasen der Arbeitslosigkeit keine 40 Beitragsjahre zusammen. Außerdem drohe Altersarmut durch **Strukturprobleme**.

Altersarmut droht

Folgende Gefahren sieht Rürup für das staatliche Pensionssystem:

a) Sinkende (Real-)Löhne

Diese lassen die Einzahlungen ins Pensionssystem „erodieren“. Die Lohnquote (das ist die Summe der Löhne im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt BIP) sinke seit 1984 in Österreich. Ganz deutlich zwischen 1994 und 2009. Daher liege sie aktuell **um rund 10 % unter dem Niveau der 80er-Jahre** des vorigen Jahrhunderts. Und Besserung ist nicht in Sicht, daher sind andere Geldquellen **für die Finanzierung der Pensionen zu überlegen**.

b) Genügend Erwerbstätige, die auch in Zukunft einzahlen

Bekanntlich ist eine der größten Belastungen für das Pensionssystem die Bevölkerungsentwicklung. Einerseits leben wir immer länger (beziehen also länger Pension), andererseits werden die Arbeitsjahre kürzer (späterer Berufseinstieg, früher in Pension als im vorigen Jahrhundert) und gleichzeitig bekommen wir weniger Kinder (also fehlen die Beitragszahler).

Konsequenz dieser Entwicklung: War früher das Verhältnis 3:1 zwischen Erwerbstätigen und Pensionisten, so entwickelt es sich aktuell in Richtung 1:1.

Interessant ist, dass Prof. Rürup in diesem Punkt Österreich aktuell (wie Deutschland) als Profiteur der Niederlassungsfreiheit der Arbeitnehmer in der EU (und der guten Wirtschafts-Entwicklung in beiden Ländern) sieht.

c) Pensionsalter hinaufsetzen?

Bekanntlich gehen die Österreicherinnen und Österreicher – trotz hoher Abschläge – immer noch vor dem gesetzlich vorgeschriebenen Alter (60 Frauen, 65 Männer) in Pension. Neben der Diskussion, wie man das Antrittsalter an das gesetzlich vorgeschriebene heranführen kann, fordern viele auch, das gesetzliche Pensionsalter zu erhöhen.

Kombination aus Umlage- und kapitalgedecktem Verfahren

Um nicht in Altersarmut zu versinken, plädiert Rürup für ein Mischsystem, bei dem die erste Säule durch gestärkte zweite und dritte Säulen ergänzt wird. Zumal hier Österreich weit unter dem europäischen Durchschnitt liegt.

Verein „Aktion Generationengerechtigkeit“ stellt Forderungen

Sehr ähnlich lautende Forderungen stellte kürzlich eine prominent besetzte „Aktion Generationengerechtigkeit“ bei einer Pressekonferenz.

Ihr Forderungskatalog an die neue Regierung umfasste: Anhebung des faktischen und gesetzlichen Pensionsantrittsalters, eine Pensionsautomatik, die Stärkung von zweiter und dritter Säule und eine Abflachung der Lebenseinkommenskurve.

Wirtschaftsforscher Bernhard Felderer, Präsident des Fiskalrates (der sich um die Staatsschulden Österreichs kümmert) und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der „Aktion Generationengerechtigkeit“ stellte fest: „**Aus budgetärer Sicht ist das heimische Pensionssystem in seiner derzeitigen Ausgestaltung nicht leistbar.**“

Es gebe nun drei Optionen, von denen zwei - Senkung des Pensionsniveaus und die Erhöhung der Beiträge – seiner Ansicht nach ausscheiden. Blicke also als einzige Stellschraube die Lebensarbeitszeit.

Antrittsalter anheben

Aktuell liege das faktische Pensionsantrittsalter im ASVG-Bereich bei 59,2 Jahren. Bei den ÖBB bei 54,2 Jahren, bei Wiener Gemeindebeamten bei 57,9 Jahren.

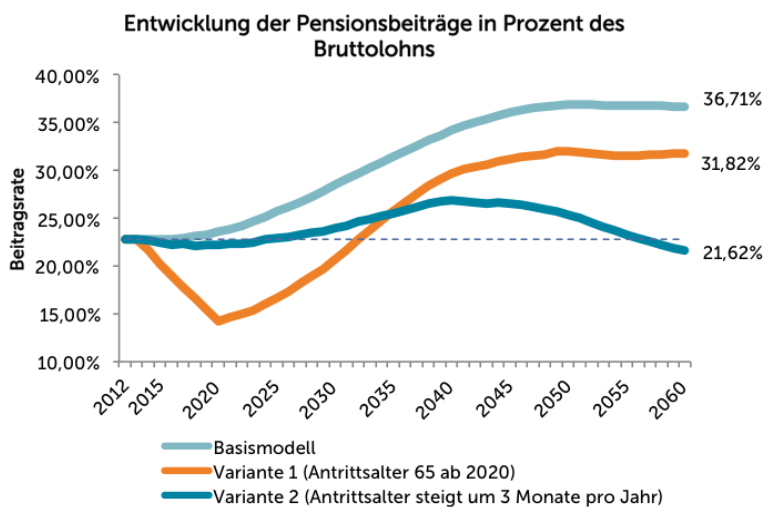
Forderung eins sei deshalb die Anhebung des faktischen, aber auch des gesetzlichen Pensionsantrittsalters. Das habe doppelte Wirkung: Die Einzahlungsdauer wird länger, die Bezugsdauer kürzer, so Felderer.

Zweitens: Das **Antrittsalter der Frauen** soll nicht erst 2033, sondern früher an jenes der Männer angeglichen werden. Frauen würden durch das frühere Antrittsalter Beitragsjahre verlieren und u.U. beruflich eingeschränkt („mit 50 ist kaum mehr ein Karriereausbau möglich“). Folglich erreichten Frauen im Schnitt nur rund 60 Prozent der Pensionshöhe der Männer.

Dritte Forderung: Pensionsautomatik wie in Schweden

Franz Schellhorn, Direktor der Agenda Austria, forderte: „Die Lebenserwartung muss ins System integriert werden. Damit bleibt es in der Balance.“

Agenda Austria hat dazu bereits vor drei Jahren eine **Studie** gemacht. Die folgende Grafik fasst die Ergebnisse übersichtlich zusammen:



Grafik: Agenda Austria

Das Basismodell (hellblaue Linie) ist das jetzige System mit den bisherigen Reformschritten. Die Beiträge müssten in diesem Falle um 36,71 % ansteigen.

Variante 1 (orange Linie) basiert auf der Annahme, dass 2020 das faktische Antrittsalter das gesetzlich vorgeschriebene erreicht. Aber auch in diesem Modell steigen langfristig die Beiträge um 31,82 % an, weil wir immer länger leben.

Variante 2 (fette blaue Linie) ist an das schwedische Modell angelehnt: Jedes Jahr soll das **Pensionsantrittsalter um 3 Monate erhöht** werden und mit der steigenden Lebenserwartung mitwachsen. Damit könnte man das System stabilisieren. Langfristig würden sogar die einzuzahlenden Beiträge sinken.

Zweite und dritte Säule attraktiver machen

Claus Raidl, Präsident der Österreichischen Nationalbank und Sprecher des Vereins, fordert eine stärkere Einbeziehung der zweiten und dritten Säule, wobei er betonte: „Niemand stellt das Umlageverfahren in Frage, es geht um eine Ergänzung.“

Für die **dritte Säule** der privaten Vorsorge schlägt Raidl vor, die staatliche Prämie bei Bausparen in Richtung Pensionsvorsorge umzuschichten, und betont, dass damit keine budgetäre Mehrbelastung auf den Staat zukomme.

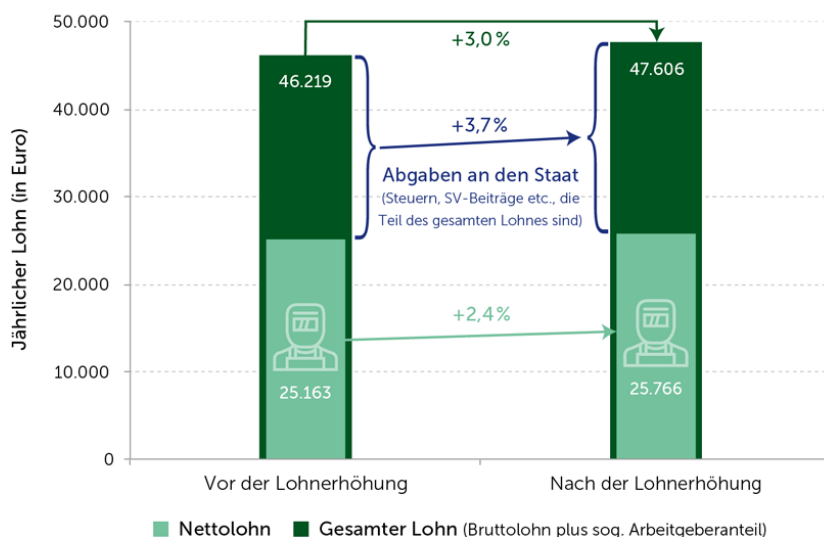
Und bei der **zweiten Säule** soll man in den Kollektivverträgen nicht nur auf eine Gehaltserhöhung abzielen, sondern verstärkt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit von Einzahlungen in eine Pensionskasse und/oder betriebliche Kollektivversicherung vorsehen.

Damit mehr Netto vom Brutto bleibt ...

Zu obiger Forderung passt eine Grafik, die Agenda Austria nach dem Abschluss der **Gehaltsverhandlungen der Metaller** veröffentlichte:

Wie sich die drei Prozent Lohnerhöhung für Metaller auswirkt*

(Berechnung für den durchschnittlichen Bruttomonatslohn in der Branche von 2.531 Euro)



Quelle: FV Metalltechnische Industrie; Lohn- und Gehaltsstatistik, WKO 2017; eigene Berechnungen
 *Anmerkung: Die Löhne der Beschäftigten der Metallverarbeitenden Industrie wurden per 1.11.2017 um 3 Prozent angehoben.

Grafik: Agenda Austria

Es zeigt sich: Der große Gewinner der 3%-igen Lohnerhöhung ist der **Staat**. Er erhält um **3,7 %** mehr Steuern und Abgaben. Der Nettolohn dagegen steigt nur um 2,4 %.

Gehalt umwandeln

Bereits jetzt ermöglichen einige Kollektivverträge (etwa IT, Transport & Logistik, Versicherungen etc.) den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, einen **Teil des Gehalts** in laufende Beiträge in eine Pensionskasse oder Betriebliche Kollektivversicherung **umzuwandeln**. Dadurch entfallen Lohnnebenkosten, Lohnsteuer, Sozialversicherungskosten für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren später von einer zusätzlichen Pension aus der zweiten Säule.

Für Sie als Beraterin und Berater bedeutet das, dass Sie Ihre Kundinnen und Kunden auf die Notwendigkeit der zusätzlichen Pensionsvorsorge hinweisen müssen. Egal, welche Maßnahmen die künftige Regierung setzen wird, die Pensionen werden auf Sicht jedenfalls sinken. Wer also seinen gewohnten Lebensstandard aufrechterhalten will, wird seine staatliche Pension **durch eine private Pension und eine Leistung aus einer betrieblichen Pension aufbessern** müssen.

Quellen: trend, Der STANDARD, VersicherungsJournal, Agenda Austria, Institutional Money/FONDS professionell